

Verband der Ersatzkassen e. V., Askanischer Platz 1, 10963 Berlin

Bundesminister für Gesundheit
Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB
Mauerstr. 29
10117 Berlin

Kontaktstelle:

Verband der Ersatzkassen e. V.
Askanischer Platz 1
10963 Berlin
Telefon: 030 26931-0
Durchwahl: 030 26931-1000
Telefax: 030 26931-2910
E-Mail: vorstand@vdek.com

Berlin, den 16. Mai 2023

Jetzt Weichen für eine nachhaltige und langfristige Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung stellen!

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

das Bundesgesundheitsministerium hat den gesetzlich festgeschriebenen Auftrag, bis Ende Mai 2023 Empfehlungen für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorzulegen. Die Unterzeichner:innen dieses Schreibens möchten deshalb noch einmal auf die Dringlichkeit einer nachhaltigen Stabilisierung der Finanzlage der GKV hinweisen.

Es ist jetzt dringender denn je erforderlich, die gebotenen Reformmaßnahmen anzustoßen, mit deren Hilfe die GKV verlässliche und stabile Leitplanken erhält. Um dies zu erreichen, müssen sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite in den Blick genommen werden. Dazu gehört auch, dass die Krankenkassen wieder mehr Möglichkeiten zur Steuerung von Wirtschaftlichkeit und Qualität erhalten. Und die sachgerechte Zuordnung der Finanzverantwortung zwischen Staat und selbstverwalteter Krankenversicherung muss wieder beachtet werden. Es führt zu einer Überlastung des Systems und der Beitragszahlenden, wenn gesamtgesellschaftliche Aufgaben, anstatt aus Steuermitteln, allein über Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur sozialen Pflegeversicherung finanziert werden.

Die Maßnahmen, die für 2023 getroffen wurden, um eine Finanzierungslücke von 17 Milliarden Euro zu schließen, stehen bis auf den regelhaften Zufluss aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds für 2024 nicht mehr zur Verfügung.

Die Verbände der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene

- Verband der Ersatzkassen e. V., Berlin
- AOK-Bundesverband, Berlin
- BKK Dachverband, Berlin
- IKK e. V., Berlin
- KNAPPSCHAFT, Bochum
- Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (SVLFG), Kassel

Klar ist aber bereits jetzt, dass ohne weitere politische Maßnahmen ein nicht unerheblicher Beitragssatzdruck durch einen Finanzierungsbedarf von mehreren Milliarden Euro entstehen wird. Deshalb fordern wir:

- Kostendeckende Beiträge für die Gesundheitsausgaben für Empfänger:innen von Bürgergeld. Allein diese Lücke liegt bei etwa zehn Milliarden Euro. Obwohl der Koalitionsvertrag einen Handlungsauftrag enthält, ist bislang insofern nichts unternommen worden.
- Eine generelle Absenkung der Mehrwertsteuer auf den reduzierten Satz von sieben Prozent für Arznei- und Hilfsmittel. Dies würde zu einem jährlichen Entlastungsvolumen von etwa sechs bis sieben Milliarden Euro führen. Eine Mehrwertsteuersenkung auf Arzneimittel könnte die GKV bereits um 4,9 Milliarden Euro entlasten.
- Die Dynamisierung des Bundeszuschusses für die GKV. Laut Koalitionsvertrag soll diese Dynamisierung „regelhaft“ konstruiert werden. An welcher Regel sich diese Dynamisierung orientieren soll, bleibt offen. Praktikabel wäre eine jährliche Anpassung anhand der Veränderungsrate gemäß § 71 Abs. 3 SGB V.
- Rücknahme der Beschränkungen der Vertragsgestaltung und Steuerungsinstrumente in der Versorgung, z. B. bei der Krankenhausrechnungsprüfung oder der Gestaltung der Hilfsmittelversorgung.
- Konsequente Ausrichtung allen politischen Handelns an den Maximen der Qualitätsverbesserung und Bedarfsnotwendigkeit, z. B. bei der Krankenhausreform oder der Reform der Notfallversorgung. Patient:innen sollen transparente und laienverständliche Informationen über Versorgungsqualität erhalten können, z. B. auch durch ihre Krankenkasse.
- Schnelle Implementierung der elektronischen Patientenakte in der Fläche und vor allem deren verpflichtende Füllung, sowie standardmäßige Nutzung durch die Leistungserbringenden, damit Synergien entstehen und mittelfristig die Einsparpotenziale gehoben werden können.

Die Verbände der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene

- Verband der Ersatzkassen e. V., Berlin
- AOK-Bundesverband, Berlin
- BKK Dachverband, Berlin
- IKK e. V., Berlin
- KNAPPSCHAFT, Bochum
- Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (SVLFG), Kassel

Die GKV ist Garant einer stabilen Gesundheitsversorgung, wie sie während aller Krisen der letzten Jahre bewiesen hat. Um das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung in Deutschland zu erhalten, ist eine seriöse und nachhaltige Finanzierung unbedingt notwendig. Die Politik muss jetzt handeln. Wir stehen für einen konstruktiven Dialog zur Umsetzung der notwendigen Strukturreformen bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Elsner
Vorstandsvorsitzende
Verband der Ersatzkassen e. V.



Dr. Carola Reimann
Vorstandsvorsitzende
AOK-Bundesverband




Franz Knieps
Vorstandsvorsitzender
BKK Dachverband



Jürgen Hohnl
Geschäftsführer IKK e. V.



Bettina am Orde
Vorsitzende der
Geschäftsführung
KNAPPSCHAFT



Gerhard Sehnert
Vorsitzender der
Geschäftsführung der
SVLFG,

Die Verbände der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene

- Verband der Ersatzkassen e. V., Berlin
- AOK-Bundesverband, Berlin
- BKK Dachverband, Berlin
- IKK e. V., Berlin
- KNAPPSCHAFT, Bochum
- Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (SVLFG), Kassel